

# Lärm in der Altstadt

Informationsveranstaltung am  
13.12.2011

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

- 2 Bereiche sind zu unterscheiden, die rechtlich getrennt zu betrachten sind, aber gemeinsam zu den bekannten Problemen in der Altstadt führen:
  1. Störungen, die von Gaststätten ausgehen
  2. Personenbezogenen Störungen im öffentlichen Raum
- Der Maßnahmenkatalog sieht für beide Bereiche eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen vor
  - Wichtige Maßnahmen gegenüber Gaststätten:
    - SperrzeitVO, Überwachung der Sperrzeiten, Vermeidung von Sofortverzehr auf der Straße, Auflagen zum Lärmschutz in Konzessionen, Konsequente Überwachung und Ahndung von Verstößen
  - Wichtige personenbezogene Maßnahmen:
    - Verstärkte Präsenz des KOD, Platzverweise, Bußgeldverfahren

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

**Ziel: Sofortverkehr auf der Straße nach Ende der Außenbewirtschaftung ausschließen**

- Bußgeld- und Verwaltungsverfahren (Untersagungen) werden fortgesetzt

<b>Anzahl</b>	<b>2009</b> (01.10. – 31.12.)	<b>2010</b>	<b>2011</b> (bis 30.11.)
<b>Verwaltungsverfahren</b>	22	11	7
<b>Bußgeldverfahren</b>	16	8	6

Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat bei den beiden anhängigen Fällen auch im Hauptverfahren die Untersagungsverfügungen der Stadt bestätigt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

## **Ziel: Verbesserung der verwaltungsinternen Kommunikation**

- Arbeitsgruppensitzungen der Fachämter zur Lärminderung bei Gaststätten
  - Letzte Sitzung fand am 16.09.2011
  - Themen: Sachstandsbericht, Optimierung der Zusammenarbeit, Abstimmung des weiteren Vorgehens)
- daneben: Abstimmung mit dem/den betroffenen Fachamt/Fachämtern im Einzelfall

## **Ziel: Einhaltung der Sperrzeiten**

- weiterhin konsequente Überwachung der Sperrzeiten
  - Außenbewirtschaftung 23.00 Uhr
  - Innengaststätte 2.00 Uhr, Fr/Sa, Sa/So 3.00 Uhr

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

## Ziel: Verbesserte Kommunikation der Akteure

- Es finden in unregelmäßigen Abständen Gespräche mit einzelnen Wirten oder mit betroffenen Teil-Gruppen statt.
  - Ziel: Problembereiche identifizieren und Abhilfe-Maßnahmen besprechen und vereinbaren (technische und organisatorische Maßnahmen)
  - 2011 fanden Gespräche mit LINDA, der DEHOGA, HEIKO, Gastwirten sowohl bei Herrn Bürgermeister Erichson als auch beim Bürgeramt statt

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

## Ziel: Verhinderung von unzulässigem Gaststättenlärm

- Einwirkung auf die Vermieter bei Wechsel des Betreibers
- Gaststättenrechtliche Maßnahmen

Maßnahme	2010	2011 (bis 30.11.)
Hinweis auf gaststättenrechtliche Pflichten	16	28
Abmahnungen	9	5
Anhörungen (Einleitung Verwaltungsverfahren)	9	3

- Bei jedem Neuantrag für eine Gaststättenkonzession wird das Musikkonzept erfragt und es werden Lärmauflagen in die Konzession aufgenommen.
  - Bei Musikdarbietungen über Zimmerlautstärke: Türe und Fenster schließen, Einbau Limiter, Lärmdämmung.....

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

## Ziel: Verhinderung von unzulässigem Gaststättenlärm

- 24-Stunden-Beschwerdetelefon/Kümmerer/funktionierendes Beschwerdemanagement

Anzahl Anrufe	2010	2011 (bis 30.11.)
gesamt	90	73
davon wegen Lärm Altstadt	11	10
davon sonstiges Altstadt	0	0

- Den Beschwerden wird konsequent nachgegangen (Anhörungen)
  - auch den schriftlichen Beschwerden (zunehmend per E-Mail)
- Konsequenter Dialog mit den Gastwirten wegen Raucherräumen und verstärktem Ordnungspersonal

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

## Ziel: Reduzierung des Lärms durch Veranstaltungen

Reduzierung von Veranstaltungen

	2009	2010	2011
Anzahl Veranstaltungen Altstadt	95	51	56 (*)

(\*) Zunahme bedingt durch Veranstaltungen zum Universitätsjubiläum

- umfassende Lärmschutzauflagen (zuvor Lärmprognose, teils Verbot von lärmintensiven Programmpunkten)
- konsequente Kontrollen
- konsequente Lärmmessungen
- in den meisten Fällen: Begrenzung der Veranstaltung auf die Tagzeit

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

**Ziel: Reduzierung des Trinkens von Alkohol im öffentlichen Raum**

- Strikte Überwachung des **Alkoholverkaufsverbots** für Ladengeschäfte ab 22.00 Uhr
- Strikte Überwachung des **Straßenverkaufs** (sog. Gassenschank) von Alkohol durch Gaststätten
  - Ansprachen/Einzelgespräche mit Wirten, bei denen ein verstärkter Verkauf festgestellt worden ist
  - Bei Sofortverzehr an Ort und Stelle werden Bußgeldverfahren und verwaltungsrechtliche Verfahren eingeleitet
  - Landesregierung hat Problem erkannt/ zur Zeit läuft eine Umfrage über die Umgehung des Alkoholverkaufsverbots durch Gassenschank (Begrenzung auf 22.00 Uhr durch Gesetzesänderung denkbar)
- Schaffung einer Rechtsgrundlage für das Verbot von Alkoholkonsum im öffentlichen Raum bei massiven Störungen ( Änderung des Polizeigesetzes erforderlich)
  - Schreiben von Herrn Oberbürgermeister Dr. Würzner an den neuen Ministerpräsidenten
  - Neuer Vorstoß von Uli Sckerl (Innenexperte der Grünen Fraktion); Ministerpräsident Kretschmann plädiert für begrenztes Alkoholverbot

# Droht den Saufgelagen in Städten das Aus?

Noch vor kurzem warnten die Grünen vor zu viel „Law and Order“ – Jetzt steht ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen im Raum

Von Roland Mausehel, RNZ Stuttgart

Stuttgart. Der Innenexperte der Grünen-Fraktion, Uli Sckerl, kann sich ein begrenztes Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen vorstellen. Während SPD und CDU jubeln, stößt der Vorstoß in der eigenen Partei auf Kritik.



Mit einer gezielten Wortmeldung versucht der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Uli Sckerl, einen Kurswechsel seiner Partei bei der Bekämpfung von Saufgelagen. „Mit einer gezielten Wortmeldung versucht der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Uli Sckerl, einen Kurswechsel seiner Partei bei der Bekämpfung von Saufgelagen einzuleiten. „Wir machen uns ernsthaft Sorgen, wie wir betroffenen Kommunen helfen können“, sagte der Innenexperte. Er könne sich daher eine Änderung des Polizeigesetzes vorstellen, damit die Ordnungshüter in engen Grenzen ein Alkoholkonsumverbot auf öffentlichen Plätzen verhängen können. Kriterien könnten sein, dass es bei einer Ansammlung von 100 oder mehr Menschen an einem Ort regelmäßig zu alkoholbedingten Gewalttaten komme. Unter diesen Bedingungen, die auf zehn bis zwölf Städte zutreffen würden, sei eine „verteilte Prüfung“ bereit, sagte Sckerl.“

Sein Vorstoß löste eine heftige Debatte aus – nicht zuletzt bei den Grünen selbst. Schließlich hat ein Parteitag das in dieser Frage unmissverständliche Wahlprogramm beschlossen. „Ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen lehnen wir ab“, heißt es dort. Am lautesten kritisierten die Anhängerinnen der Gen-

nen Jugend, Jessica Messinger und Marcel Emmerich, die mögliche Neupositionierung. „Wir wehren uns massiv gegen solche Überlegungen der Grünen-Fraktion.“ Deutliche Vorbehalte äußerte auch Grünen-Landeschef Chris Kühn: „Wenn man sich in der Koalition über einen Pakt gegen exzessiven Alkoholkonsum unter Jugendlichen unterhalten will, sind wir dafür grundsätzlich offen. Zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich aber keinen Grund, von der bisherigen Beschlusslage abzurücken.“

Zugleich pochte Kühn auf ein Mitspracherecht des Landesverbandes in der strittigen Frage: „Ohne einen neuen Beschluss der Partei wird es kein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen geben.“

Dagegen hatten die grünen Oberbürgermeister Dieter Salomon (Freiburg), Boris Palmer (Tübingen) und Horst Frank (Konstanz) bei Regierungschef Winfried Kretschmann für die Möglichkeit eines Alkoholverbots geworben. Kretschmann heißt es, habe für das Anliegen der Kommuna politiker Verständnis.

Der unübersichtlichen Gemengelage innerhalb der Ministerpräsidenten-Partei zum Trotz werteten der Koalitionspartner SPD wie auch die Opposition Sckerls

Vorstoß als bereits vollzogenen Schwenk – um diesen wahlweise zu loben oder zu geißeln. So äußerte sich Innenminister Reinhold Gall (SPD) „erfreut“ über die „Zustimmung der Grünen zu Alkoholkonsumverboten auf öffentlichen Plätzen“ und stellte eine Regelung für Frühjahr 2012 in Aussicht.

Es sei positiv, „dass sich die Grünen offensichtlich eines Besseren sukzessive besinnen“, lobte auch CDU-Fraktionschef Peter Hauk. Die grün-rote Regierung würde aus Sicht der CDU „aber zu



Partytyme mitten in der Stadt: Wie hier in der Heidelberger Unteren Straße haben in vielen Städten des Landes im Sommer die Anwohner erhebliche Probleme durch nachts bis spät in den Morgen feiernde Kräftebesucher. Foto: Sven Hoppe/Archiv

kurz springen, wenn ein Alkoholverbot auf Großstädte beschränkt werden sollte. FDP-Landeschefin Birgit Homburg, deren Partei zu schwarz-gelben Regierungszeiten CDU-Vorstoße für ein Alkoholverbot stets ablehnte, habe, war die Grünen dagegen vor „blind einer al-

ten Forderung der CDU“ hinterherzulaufen.“

Freiburg hatte vor über drei Jahren bereits ein Alkoholverbot erlassen, um den öffentlichen Besessenen in einem Stadtviertel Herr zu werden, das intern als Bermuda-Dreieck bezeichnet wird.

Allerdings klagte ein Student d und gewann vor dem Verwaltungsrichtshof. Seit Mitte 2008 ist der Hohe Griff zur Flasche damit wie laubt. Aber auch andere Städte Probleme: Schon vor der Landtag hatten etwa 30 Städte Alarm ges

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

**Ziel: Hohe Kontrollfrequenz des KOD - Einsatzhäufigkeit**

<b>Anzahl Einsätze KOD</b>	<b>2009 (01.10. – 31.12.)</b>	<b>2010</b>	<b>2011 (bis 30.11.)</b>
Freitag auf Samstag	<b>12</b>	<b>43</b>	<b>43</b>
Samstag auf Sonntag	<b>10</b>	<b>43</b>	<b>43</b>

Einsatz teilweise bis zum Ende der Sperrzeit (14 Einsätze )  
Doppelstreifen ( > 20 Fällen)

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

**Ziel: Hohe Kontrollfrequenz des KOD – Feststellungen/Maßnahmen**

<b>Feststellungen/Maßnahmen des KOD</b>	<b>2010</b>	<b>2011 (bis 30.11.)</b>
Junggesell/en/innenabschiede Bereich Hauptstraße	<b>165</b>	<b>102</b>
davon mit Ermahnung zur Ruhe	<b>10</b>	<b>12</b>
Junggesell/en/innenabschiede Bereich Untere Straße	<b>64</b>	<b>57</b>
davon mit Ermahnung zur Ruhe	<b>4</b>	<b>5</b>

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

**Ziel: Hohe Kontrollfrequenz des KOD – Feststellungen/Maßnahmen**

<b>Feststellungen/Maßnahmen des KOD</b>		<b>2010</b>	<b>2011 (bis 30.11.)</b>
Einleitung von Bußgeldverfahren wegen unerlaubten Urinierens		<b>108</b>	<b>145</b>
Platzverweise gegen einzelne Personen		<b>14</b>	<b>5</b>
Platzverweise gegen Gruppen		<b>5</b>	<b>keine</b>

Reinigung der Gassen mit Wasser durch das Amt für Stadtreinigung und Abfallwirtschaft :

1-2 x die Woche , zumeist an Wochenenden

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

**Ziel: Hohe Kontrollfrequenz des KOD – Feststellungen/Maßnahmen**

<b>Feststellungen/Maßnahmen des KOD</b>	<b>2010</b>	<b>2011 (bis 30.11.)</b>
Lärmmessungen <b>personenbezogener</b> Lärm	<b>82</b>	<b>385</b>
davon geringfügige Überschreitung (bis 55 db (A))	<b>11</b>	<b>52</b>
davon erhebliche Überschreitung (über 55 db (A))	<b>71</b>	<b>333</b>

# Laufende und umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

Ziel: Hohe Kontrollfrequenz des KOD – Feststellungen/Maßnahmen

Feststellungen/Maßnahmen des KOD	2010	2011 (bis 30.11.)
Lärmmessungen <b>anlagenbezogener</b> Lärm	121	178
davon keine Überschreitung (bis 55 db (A))	86	111
davon erhebliche Überschreitung (über 55 db (A))	35	67

nachrichtlich:

Anzahl Berichte/Anzeigen der Polizei	178	147
--------------------------------------	-----	-----

# Noch nicht umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

## **Ziel: Verringerung unerlaubtes Urinieren durch zusätzliche Toiletten im öffentlichen Raum**

- Die Überlegungen für weitere öffentliche Toiletten konnten bisher nicht umgesetzt werden.
  - Der Einbau einer öffentlichen Toilette im städtischen Gebäude Fischmarkt 2 ist sowohl aus räumlichen Gründen als auch aus Kostengesichtspunkten derzeit nicht realisierbar.
  - Die Installation von versenkbaren Toiletten oder die Aufstellung eines „Cafe Achteck“ - z.B. auf dem Heumarkt - konnten bisher keine Akzeptanz finden bzw. sind auch aus finanziellen Gründen unrealistisch.
  - Der neu abgeschlossene Werbeanlagenvertrag (ab 01.01.2012) beinhaltet die Option von 3 Toiletten im öffentlichen Raum. Ggf. ergibt sich hier die Möglichkeit einer Umsetzung in der Altstadt (Ersatz am Universitäts- und Theaterplatz, 1 Standort offen)

# Noch nicht umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

## **Ziel: Abwanderung Besucher erleichtern**

- Mit der RNV wurden Gespräche zur Optimierung der Moonliner-Linien geführt. Die Vorschläge - z.B. Verlagerung von Linien vom Neckarstaden in die Nördliche Altstadt analog der Tageslinie 33 - werden derzeit noch auf Umsetzbarkeit und mögliche Taktung geprüft.
- Die Informationen über die zur Verfügung stehenden Moonliner-Linien, Haltestellen und Abfahrtszeiten sollen sowohl in den Gaststätten als auch im öffentlichen Raum (z.B. an städtischen Gebäuden) erfolgen. Hier sind Gespräche mit verschiedenen Wirten erfolgt. Die Anbringung an städtischen Gebäuden (evtl. auch Bildschirme/Fahrplanmonitore der RNV) ist in der Prüfung).

# Noch nicht umgesetzte Maßnahmen aus dem 58-Punkte-Katalog

## Ziel: Verringerung von Wanderungsbewegungen

- Bei den Clubs/Diskotheiken mit verkürzten Sperrzeiten, die nach Schließung der übrigen Gaststätten einen starken Zulauf haben, wurde angeregt, rechtzeitig vor dem Eintritt der regulären Sperrzeit in der Altstadt nur noch Stammgäste als Clubmitglieder einzulassen.

# Zusammenfassung/Fazit

- Wirte halten sich weitgehend an Auflagen und zeigen sich kooperativ.
- Wenige Betriebe missachten Auflagen.
- Viele Betriebe setzen Ordnungspersonal ein, um den unerlaubten Sofortverzehr auf der Straße zu unterbinden.
- Betriebe ohne Ordnungspersonal haben eher Lärmprobleme.
- Anlagenbezogener Lärm ist nicht das Hauptproblem.
- Lärm durch Kommunikation auf der Straße ist die dominante Lärmquelle.
- Am Wochenende halten sich nach wie vor viele Menschen im öffentlichen Raum auf, die mitgebrachte alkoholische Getränke (große Mengen) konsumieren
- Der Verkauf von to-go Getränken muss weiterhin beobachtet werden

# Zusammenfassung/Fazit

- Hohe Lärmpegel des personenbezogenen Lärms entstehen vorrangig nicht durch Grölen sondern durch normale Kommunikation größerer Menschengruppen auf der Straße.
- Lärmproblematik ist am Wochenende größer als unter der Woche.
- Anlagenbezogener Lärm ist mit rechtlichen Mitteln und konsequenten Kontrollen beherrsch-/eindämmbar.
- Die Hauptlärmquelle des personenbezogenen Lärms ist mit den derzeitigen rechtlichen Mitteln nicht signifikant eindämmbar.

# Weiteres Vorgehen

- Bekämpfung von Lärm, Dreck, Randalen ist eine **Daueraufgabe**, die nur gemeinsam/kooperativ zwischen Verwaltung, Polizei, Anwohnern, Wirten bewältigt werden kann
- Ständiger Dialog aller Akteure ist erforderlich
  - Beginn 2012 : Gespräch KOD mit Wirten
  - Gespräche mit Clubs
  - DEHOGA wegen Selbstverpflichtung
- Mut, neue Wege zu gehen
  - soziale Kontrolle im öffentlichen Raum durch längere Öffnungszeiten der Außenbewirtschaftung im Sitzen?
  - Ehrenamtliches Engagement/Einsatz von sozial geschulten jungen Erwachsenen?
- Veränderung der Sperrzeiten (Innengaststätte und Außenbewirtschaftung)
  - Politische Entscheidungen des Gemeinderates

Danke für Ihre  
Aufmerksamkeit!